2018-04-13

Stadt Dessau-Roßlau
Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 21.03.2018

Sitzungsbeginn: **16:00 Uhr**
Sitzungsende: **19:11 Uhr**
Sitzungsort: **Ratssaal des Rathauses Dessau**

Es fehlten:

Freie Fraktion Dessau-Roßlau

Benckenstein, Silke entschuldigt

Mitglied der AfD

Mrosek, Andreas entschuldigt

Fraktion der CDU

Bierbaum, Heinz entschuldigt
Schwabe, Jörg entschuldigt

Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen

Busch, Thomas entschuldigt
Dammann, Karin entschuldigt
Palermo, Antonio entschuldigt
Weber, Hendrik entschuldigt

Mitglied der NPD

Grey, Thomas entschuldigt

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, eröffnete die 31. Sitzung des Stadtrates, stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums mit derzeit 36 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Anschließend gratulierte er im Namen des Stadtrates Herrn Stadtrat Berghäuser, Fraktion Die Linke, zum 60. Geburtstag.

Während des Tagesordnungspunktes erschien Herr Schlecht-Pesé, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, zur Sitzung.

2 Verpflichtungserklärung des Stadtrates René Schönau

Herr René Schönau, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, gab folgende Verpflichtungserklärung ab:

„Ich verpflichte mich, meine Amtspflichten als Ratsmitglied nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch zu erfüllen und die Gesetze zu beachten."

3 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, zog die Beschlussvorlage FV/004/2018/StR – Kostenloses gesundes Frühstück in den Kindertagesstätten der Stadt Dessau-Roßlau (TOP 7.5) **zurück.** Begründend legte er dar, dass der vor einem Jahr durch den Stadtrat beschlossene Prüfauftrag nicht ordnungsgemäß umgesetzt wurde. Es wurden keine entsprechenden Zahlen vorgelegt, weshalb es nicht möglich war, dass der von der SPD-Fraktion modifizierte Antrag eine Mehrheit in den Ausschüssen fand. Momentan gibt es eine Beschlussvorlage, die einen Prüfauftrag beinhaltet. Nach seinen Informationen aus der Mitteldeutschen Zeitung wird aber auch dieser zeitlich infrage gestellt. Hier bittet er um Prüfung, wozu er aber noch Ausführungen im Tagesordnungspunkt, in dem der Haushalt behandelt wird, tätigen werde.

Auf die Frage von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau,** warum die unter den Tagesordnungspunkten 8.1 und 8.2 eingeordneten Beschlussvorlagen im nichtöffentlichen Teil behandelt werden, erklärte **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt,** dass es sich im ersten Punkt um die Ergebnisse eines noch offenen, nicht abgeschlossenen Ausschreibungsverfahren, wo aus den Daten Rückschlüsse auf die Bietersituation gezogen werden, handelt. Im zweiten Punkt handelt es sich um ein Verfahren, wo eine Besitzperson betroffen ist. Im nichtöffentlichen Teil könne sie konkretere Ausführungen dazu machen.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm,** verwies darauf, dass die Niederschrift der Sitzung des Stadtrates am 28.02.2018 heute nicht bestätigt wird, jedoch im Ratsinformationssystem zur Verfügung steht und den nicht digitalen Empfängern heute in Papierform ausgereicht wurde.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bemerkte, dass zu den Tagesordnungspunkten 8.1 und 8.2 in der Einwohnerfragestunde und im Tagesordnungspunkt öffentliche Anfragen und Informationen keine Statements zugelassen sind.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, gab zu Protokoll, dass er die Erklärung von Frau Schlonski nicht akzeptiert, da es sich um Haushaltsdinge und um eine Änderung des Flächennutzungsplanes handelt. Das habe nichts damit zu tun, dass Personen geschützt werden müssen.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, bat Herrn Westhagemann, Leiter des Rechtsamtes, um entsprechende Ausführungen. Dieser legte dar, jetzt nicht prüfen zu können, ob die vorgetragenen Argumente dazu führen, dass es zu Recht im nichtöffentlichen Teil behandelt wird. Im Zweifelsfall ist es aber so, dass darüber der Rat zu befinden hat, d. h. der Stadtrat befindet darüber, ob die Beschlüsse im öffentlichen oder nichtöffentlichen behandelt werden.

Herr Hernig, Freie Fraktion, schloss sich den Ausführungen von Herrn Otto an. Da bereits darüber informiert wurde, dass das Ausschreibungsverfahren abgeschlossen ist und über die Mittel des Haushaltes gesprochen wird, sollte eine öffentliche Behandlung stattfinden.

Der Antrag, den TOP 8.1 öffentlich zu verhandeln wurde mehrheitlich abgelehnt (18:18:01).

Der Antrag, den TOP 8.2 öffentlich zu verhandeln wurde mehrheitlich abgelehnt (18:18:01).

Die **Tagesordnung** wurde **geändert** (ohne TOP 7.5) **beschlossen** (29:08:00).

4 Berichte des Oberbürgermeisters
4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Kuras begann seinen Bericht mit einem
kurzen <u>Rückblick:</u>

Mit einem Besucherrekord von mehr als 20.000 Gästen ist die 26. Ausgabe des **Kurt-Weil-Festivals** am 11. März erfolgreich zu Ende gegangen. Musikalische Brücken schlug der Jazztrompeter und diesjährige Artist-in-Residence Till Brönner, der mit seinen Konzerten die Verbindungen zwischen Kurt Weills Musik und dem Jazz aufzeigte. „Gute Musik, eine Portion Experiment, den Weill'schen Geist ordentlich wehen lassen - das war ein Erfolgsrezept.“ Diesen Worten von Thomas Markworth, dem Präsidenten der Kurt-Weill-Gesellschaft, stimme er voll und ganz zu.

Voran geht es bei der Wiedererrichtung des **ODF-Denkmals**. Nach einem vorerst letzten Abstimmungsgespräch vom 05. März bestand großer Konsens darüber, das Mahnmal zwischen dem Wohnblock in der Kavalierstraße und dem Springbrunnen des Stadtparkes neu zu erreichten. Gleichzeitig wurde sich auf eine Variante verständigt, die vorsieht, das Denkmal aus dem Schatten des Wohnblocks herauszulösen und etwas weiter in den Fußgängerbereich zu rücken. Die Vergabe der Bauleistungen soll bis zum Juli erfolgen, die Umsetzung der Baumaßnahme dann bis zum Ende des Jahres 2018, sodass am 27. Januar 2019 das Mahnmal wieder für Veranstaltungen zur Verfügung steht.

Ein besonderes Jubiläum wurde am 07. März mit einem symbolischen Spatenstich in unserer Stadt gefeiert: Das **60-jährige Bestehen des Dessauer Tierparkes**. Mit dem Bau einer neuen Marderanlage sollen die Verwüstungen des Sturmes Friederike aus dem Januar endgültig verschwinden. Wir dürfen gespannt sein, was noch an Veranstaltungen und Höhepunkten im Jubiläumsjahr im Lehr- und Naturpark geschehen wird.

Der **7. März** vor 60 Jahren war bewusst gewählt worden, denn am Jahrestag der Zerstörung unserer Stadt sollte Hoffnung wieder Einzug halten mit dem Bau dieser Einrichtung. Während das ein positives Jubiläum war, bleibt der 7. März 1945natürlich immer ein Tag des Gedenkens an diese schreckliche Bombardierung. Es erinnert uns an den unverzichtbaren Wert unserer freiheitlichen Demokratie, aber auch eines friedlichen Zusammenlebens.

Umso erfreuter war wieder einmal der großartigen Einsatz des Netzwerkes Gelebte Demokratie, welches in diesem Jahr einen demokratischen Bogen von der jüdischen Gemeinde bis zum Bauhaus gespannt hat. Er dankte allen Beteiligten, die zum guten Gelingen der Menschenkette beigetragen haben Dieser Tag war auch insoweit erfolgreich, als dass die Rechte Demo an diesem Tag abgesagt wurde.

Ein großer Dank gilt auch der Leitung unseres Anhaltischen Theaters, die in diesem Kontext den Zuschauern mit ihrem ganz besonderen **Sinfoniekonzert** den Schicksalstag rund um den 7.März auf besondere Weise aufgegriffen und vermittelt hat. Dieses Sinfoniekonzert war für ihn, Herrn Kuras, die Veranstaltung innerhalb des gesamten Kurt-Weill-Festes, welche ihn am meisten berührt hat.

Zuvor war Herr OB Kuras bei einem wichtigen Termin im Bauhaus. Die **Bundesstiftung Baukultur** hatte eingeladen, darunter waren zahlreiche hochrangige Gäste. In seinem Grußwort hatte er für das Bauhausjubiläum 2019 geworben.

Das Bauhausjubiläum stand auch auf der **Internationalen Tourismusmesse Berlin** im Mittelpunkt. Auf der bedeutendsten Fachmesse der internationalen Tourismuswirtschaft war die Sachsen-Anhalt-Halle vom 7. bis 11. März ganz auf das Bauhausjubiläum ausgerichtet. Großformatige Bilder Dessauer Bauhausbauten und Zitate seiner prägenden Persönlichkeiten rahmten das Bundesland ein, welches sich Einkäufern, Reiseveranstaltern, Journalisten und natürlich allen Urlaubsinteressierten vorstellte. Unser Wirtschafts- und Kulturbeigeordneter Herr Dr. Reck war persönlich vor Ort und warb gemeinsam mit der Stadtmarketinggesellschaft um Touristen für unsere Stadt. Die Geschäftsführerin Frau Lange bestätigte den Eindruck: "So viel Dessau-Roßlau war auf der ITB noch nie zu sehen". Herr Oberbürgermeister Kuras verwies auf ein Gespräch mit dem neuen Geschäftsführer der IMG, der Wirtschafts- und Tourismusgesellschaft des Landes.

Es wurden Vorschläge und Überlegungen für das nächste ausgetauscht. Er hat darüber hinaus sein Missfallen über die Strategie des Landes zum Ausdruck gebracht, wo unser Stadtname leider nicht vorkommt. Es wird mit einem Netzwerk von 30 Bauhausstädten geworben. Es wäre besser gewesen, wenn man auf das Original, auf die Ikone des Bauhauses Dessau-Roßlau gesetzt hätte. Wir werden weiter viele eigene Anstrengungen unternehmen müssen, um für uns zu werben.

Einen weiteren interessanten Termin gab es am vergangenen Montag. Die Dessauer Gründerin Frau Schuster hatte zu einer kommunalen Gesprächsrunde in das Technikmuseum geladen, um das Problem des **LKW-Parkens** zu beleuchten, insbesondere entlang der A9. Auch das Thema E-Mobilität war ein Themenschwerpunkt.

Um Mobilität ging es auch im weitesten Sinne beim **Firmenbesuch** am 09. März. Die Firma Peter Autozentrum Anhalt GmbH wurde ganz bewusst gewählt, weil sie unter neuer Führung zu den Firmen gehört, die die Stadt aktiv unterstützen und sich einbringen. Das Autozentrum Peter unterstützt Veranstaltungen und Vereine finanziell. Es stellt insgesamt 50.000 Euro pro Jahr dafür zur Verfügung. Sponsoringleistungen gehen u. a. an das Schiffer- und das Leopoldsfest, den DRHV und Dessau 05.

Aktuelle Arbeitsstände

- **Sanierung Georgium**: Gestern war der Staatssekretär für Kultur, Herr Dr. Gunnar Schellenberger, persönlich vor Ort und hat sich in unserer Begleitung über den Fortschritt der Sanierungsarbeiten überzeugt. Anhand des Musterraumes wurde ihm dabei ein Ausblick auf die künftige Inneneinrichtung und die Gestaltung des Schlosses und der Gemäldegalerie gegeben. Die Mitglieder des Kulturausschusses haben das vor einigen Tagen ebenfalls in Augenschein genommen. Die Gründe für den finanziellen Mehrbedarf wurden umfassend erörtert. Es gab das erkennbare Bemühen, auch als Land zu finanziellen Lösungen des Problems beizutragen.

- **Schulsanierung durch STARK III**: Der komplette Antrag für den Ersatzneubau der Sporthalle für die Grundschule Meinsdorf wurde im März 2018 bei der Investitionsbank eingereicht.

- **Sanierung Rathaus**: Ziel ist das Abschließen der Fassadenarbeiten am Turm im Sommer dieses Jahres. Mit den Dachdeckerarbeiten wurde am 05. März wieder begonnen. Die Fassadenarbeiten werden witterungsabhängig fortgesetzt. Die Sanierungsarbeiten im Standesamt sind weitestgehend abgeschlossen. Ein erster „Probebetrieb“ erfolgte am vergangenen Wochenende.

- **Spielplatzkonzeption:** Der bisherige Bearbeitungsstand wurde in den entsprechenden Fachausschüssen und in mehreren zusammengefassten Sitzungen der Ortschafts- und Stadtbezirksbeiräte vorgestellt. Die Resonanz war durchaus positiv. Den Abschluss bildete eine öffentliche Veranstaltung am vergangenen Mittwoch im Ratssaal. Die Ergebnisse dieser Ausschüsse fließen nun in die finale Fassung der Spielplatzkonzeption ein. Die Maßnahmen werden durch die Verwaltung vorbereitet und dem Stadtrat zur Umsetzung und Beschlussfassung vorgelegt.

- **Projekt „Städte wagen Wildnis“**: Das Projekt, an dem sich die Stadt Dessau-Roßlau neben den Städten Hannover und Frankfurt am Main seit dem letzten Jahr beteiligt, hat mit der Verleihung des UN-Dekade-Preises eine erste und unverhoffte Anerkennung erfahren. Die Verleihung wurde am vergangenen Mittwoch durch einen Vertreter des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau- und Reaktorsicherheit in Frankfurt am Main vorgenommen.

Weitere Meldungen liegen aus folgenden Bereichen vor

Aus dem Amt für Wirtschaftsförderung

- Das Amt für Wirtschaftsförderung präsentierte sich gemeinsam mit der Stadtmarketinggesellschaft auf der Handwerkermesse in Roßlau.
- Auf der Messe „Chance“ in Halle hatten die Wirtschaftsförderer Qualifizierungsangebote für Existenzgründung, Ausbildungsplätze bei der Stadt Dessau-Roßlau sowie offene zu besetzende Stellen bei der Stadtverwaltung im Gepäck.

Bauhausjubiläum 2019

Aktuell steht das Projekt „Passagen“ im Mittelpunkt der Vorbereitungen. Dazu sollen im Jubiläumsjahr die räumlichen Verbindungen zwischen dem Dessauer Stadtraum und dem Bauhausgebäude der Stiftung Bauhaus zum Experimentierfeld für die Gestaltung von Mobilität und öffentlichen Räumen inszeniert werden.

Das Zukunftsthema Mobilität soll in spielerischer Form angegangen und interdisziplinär bearbeitet werden. Es ist vorgesehen, dass der öffentliche Raum als Ort des Spiels, des Dialogs und der Begegnung neu entdeckt und inszeniert wird. Das Projekt „Passagen“ beschäftigt sich mit einer neuen Mobilitätskultur, in deren Mittelpunkt die vielfältigen Formen, auch des zu Fuß Gehens, stehen.

Deutschlandweit wurden fünf Hochschulen eingeladen, sich dem Thema zu widmen, Ideen für Erzählungen im öffentlichen Raum zu entwickeln und einzureichen.

Vorzugsweise sollen 4-5 Stationen mit den Entwürfen der Hochschulen auf einer durchgängigen Wegstrecke realisiert werden, die durch weitere Vorhaben ergänzt werden.

Die Präsentation der Ergebnisse findet Morgen im Bauhausgebäude statt, wozu Herr Oberbürgermeister Kuras die Stadträtinnen und Stadträte einlud. Zwischen 10:00 und 15:00 Uhr kann man sich im Raum 2.22 des Bauhausgebäudes informieren. Nachfolgend wird es eine Jurysitzung geben, die aus den eingereichten Projekten Vorhaben prämiert und zur Umsetzung empfiehlt.

Abschließend verwies Herr Oberbürgermeister Kuras auf die heutige Eröffnung der Carl Fieger Ausstellung, die unter dem Motto „Vom Bauhaus zur Bauakademie“ steht und noch bis zum 31. Oktober 2018 zu besichtigen ist.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Kuras gab folgende nichtöffentlich gefassten Beschlüsse der Sitzung des Stadtrates am 28.02.2018 bekannt:

- Verleihung der Ehrenbürgerschaft der Stadt Dessau-Roßlau,
- Personalangelegenheit – Beendigung des Arbeitsverhältnisses des Direktors der Anhaltischen Gemäldegalerie,
- Ersatzneubau der Muldebrücke im Zuge der B 185, Zustimmung zum Schiedsgutachten vom 26. Juli 2017,
- Erwerb von Fahrgastunterständen aus laufenden Werbeverträgen durch die Stadt Dessau-Roßlau,
- Vergabe des Werberechts für die Sammelgewerbehinweisanlagen außerhalb der Außenwerberechtsausschreibung.

5 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16:20 Uhr

Frau Regina Ewald, Grauer Steinhau 9, 06847 Dessau-Roßlau, trat als Mitglied der Bürgerinitiative Kochstedt „Keine Waldrodung zur Erweiterung der Waldsiedlung“ auf und lud den Oberbürgermeister und die Stadträte zur Informationsveranstaltung am 09.04.2018 um 18 Uhr in die Gaststätte „Grüner Baum“, Kochstedt ein.

Herr Frank Ginzkey, Alte Leipziger Str. 13, 06849 Dessau-Roßlau, stellte den Antrag, 5 Minuten sprechen zu dürfen. Dies sei nicht vorgesehen, entgegnete **Herr Stadtratsvorsitzender Ehm.** Er bat Herrn Ginzkey darum, sich kurz zu fassen. **Herr Ginzkey** fragte, wer seine dritte Frage in der Stadtratssitzung am 28.02.2018 aus Wiederholung der Übertragung des Lokalsenders ran1 entfernt hat. Er thematisierte darin den Block in der Friedhofstraße, welcher 2019 abgerissen werden soll. Frau Lechler habe des Öfteren dazu vorgesprochen, Frau Passlack, Geschäftsführerin der DWG mbH, sollte sich ebenfalls äußern. Er sei mit der Abrissentscheidung nicht einverstanden und habe mit einem potentiellen Investor gesprochen. Herr Ginzkey fragte, ob Frau Passlack anwesend ist. Dies wurde verneint.

Herr Eilfeld habe seine Immobilien in der Peterholzstraße ansehnlich aufgearbeitet. Der Sockel sei in einem schlechten Zustand und müsse gemacht werden. Die Erde falle auf den Fußweg.
Zuletzt sprach Herr Ginzkey das geplante Partyzelt an. Er sei mit der Idee des Oberbürgermeisters der Errichtung am Flugplatz nicht einverstanden. Seine Tochter besuchte die einstige Disko nahe den Stadtwerken. Das Gebäude mit der Klinkerfassade sei damals in Brand gesetzt worden. Die Disko solle wieder In Betreib genommen werden. Das Diskozelt sei nicht genügend wettergeschützt.

Während des Tagesordnungspunktes erschien Herr Hofmeister, Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, zur Sitzung.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

Während des Tagesordnungspunktes erschienen Frau Stabbert-Kühl, Fraktion Die Linke, und Herr Präger, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, zur Sitzung.

6.1 Elfter Beteiligungsbericht der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: IV/007/2018/II-20BTM

Der Beteiligungsbericht wurde zur Kenntnis genommen.

6.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Frau Müller, SPD-Fraktion, fragte, ob es einen Investor für das abzureißende Gebäude in der Friedhofstraße gibt. **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt,** verneinte dies. **Frau Müller** erklärte, Frau Schlonski nicht der Lüge bezichtigen zu wollen, jedoch wisse sie 100%ig, dass ein Angebot an die DWG und somit auch an die Aufsichtsratsvorsitzende Frau Schlonski gerichtet wurde. **Frau Schlonski** entgegnete, mehrere Wochen im Krankenstand gewesen zu sein. Wenn ein Angebot an die DWG gerichtet wird, geht es nicht an sie als Aufsichtsratsvorsitzende. Bei ihr habe sich kein Investor gemeldet. **Frau Müller** ging davon aus, dass sie davon in Kenntnis gesetzt wurde, da sie die Vorgesetzte der DWG-Geschäftsführerin ist. In der Friedhofstraße wohnen noch 15 Personen. Der Aufsichtsrat sollte überdenken, den Abrissbeschluss zurückzunehmen. Auf die Mieter wurde Druck ausgeübt. Jene, die in andere DWG-Wohnungen umgezogen sind, wurden auch finanziell beim Umzug begleitet. Die Personen, die keine DWG-Wohnung genommen haben, haben keine Unterstützung erhalten, worüber nachgedacht werden sollte. Die verbleibenden Mieter aus der Friedhofstraße werden klagen, dies könne ein kostspieliger, langwieriger Prozess werden.

Zudem kritisierte **Frau Müller** den Abrissbeschluss zur Ellerbreite. Einer der Mieter ist über 90 Jahre alt, 5 Mieter sind über 80, weitere 5 über 70 und 7 Mieter sind über 60 Jahre alt. Es sei beschämend, diese älteren Menschen aus ihrem gewohnten Umfeld herauszureißen.

Frau Schlonski erläuterte, als Aufsichtsratsvorsitzende nicht die kompletten wirtschaftlichen Entscheidungen der DWG zu treffen oder darüber stets detailliert informiert zu sein, stattdessen wird sie im Rahmen der Aufsichtsratssitzungen über Entscheidungen der DWG informiert bzw. stimmt darüber ab. Bezüglich der Friedhofstraße wurde sogar noch vor ihrem Amtsantritt ein Abrissbeschluss vom damaligen Verwaltungsrat gefasst. Danach hatte es eine Bürgerinitiative und mehrfache Diskussionen gegeben. Unter anderem wurde seitens der DWG eine Portfolioanalyse durchgeführt. Aufgrund dieser Analyse wurde beschlossen, bei der Abrissentscheidung zu bleiben. Dies gelte auch für die Ellerbreite. Die DWG sei nach wie vor ein Unternehmen, dass mit Leerständen zu kämpfen hat, die ein Stück weit dem demografischen Wandel geschuldet sind. Das Unternehmen ist wirtschaftlich nicht in der Lage, sämtliche Gebäude zu sanieren und zu erhalten. Um die Wirtschaftlichkeit zu erhalten, ist es nötig, Gebäude vom Markt zu nehmen.
Wenn bei der Abrissentscheidung zur Friedhofstraße soziale Aspekte bedacht worden wären, sei fraglich, warum andere Gebäude in gleichermaßen schlechtem Zustand nicht abgerissen werden, aber eben dieses behindertengerechte, so **Frau Müller, SPD-Fraktion.** Die Stadt als Träger der DWG, sollte das Hoheitsrecht überdenken.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, machte auf Brennpunkte in der Stadt aufmerksam, die einen Schulterschluss zwischen den Landtagsfraktionen der CDU und SPD sowie den Fraktionen des Stadtrates erfordern. Dringend zu lösende Probleme seien u. a. die Kursräume und die Turnhalle des Walter-Gropius-Gymnasiums sowie die Körperbehindertenschule. Die Landesregierung soll sich stärker zu Dessau-Roßlau, konkret zu diesen Brennpunkten bekennen. Er bat um einen Vor-Ort-Termin. Herr Stadtrat Kolze wurde gebeten, den Termin zu organisieren, da er als Landtagsabgeordneter einen mittelbaren Draht hat. Zudem fragte Herr Schönemann den Oberbürgermeister, wann er als Schirmherr Bericht zum Bauhaus-Jubiläum erstatten wird. In der Realisierung der Projekte bestehe erheblicher Handlungsbedarf, es gebe auch massive Probleme hinsichtlich der Finanzierung. Aus Sicht der Fraktion bedarf es eines anderen, stringenteren und konsequenteren Arbeitsstils.

Herr Hernig, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, nahm Bezug auf die Beschlussvorlage FV/005/2018/V-StR, Erklärung des Stadtrates - Beitritt zum Aufruf des Netzwerkes Gelebte Demokratie. Prinzipiell habe er kein Problem damit, sich namentlich dazu zu bekennen. Herr Hernig habe an einer Veranstaltung des Netzwerkes teilgenommen, da Demokratie seines Erachtens ein klar definierter Begriff ist, zudem er eine Meinung hat. Er hat sich in der letzten Stadtratssitzung jedoch nicht dazu bekannt, dem Netzwerk beizutreten und begründete dies. Herr Hernig hatte aufgrund seiner Teilnahme an einer Veranstaltung mehrere Mails vom Netzwerk erhalten. In Dessau gebe es eine kleine Gruppierung, die Rechtsradikale unterstützt und eine große, die generell gegen Rechts- oder Linksradikalismus ist. Zur letzteren zählt er sich. Manche der Mails haben ihn jedoch entsetzt. So habe er zum Beispiel gelesen, dass sich manche Personen zu PEDIGA, LEGIDA oder dergleichen bekannt haben. Es gab ein Schreiben mit dem Aufmacher „Deutschland den Menschen – A…löcher raus“, darin stand unter anderem „Vor 80 Jahren nannte man diese Leute Nazis, heute bekennen sich PEGIDA und LEGIDA. Warum muss man diese A…löcher in dem Schutz nehmen?“. Diese Leute müsse „man einfach nur als rechtes, braunes Pack bezeichnen“, so Herr Hernig. So etwas könne er nicht unterstützen. Von einem der Frontmänner, der regelmäßig in der Öffentlichkeit steht, wurde geäußert „Luther aufs Maul – 500

Jahre Reformation – kein Grund zum Feiern. Luthers Antisemitismus trug erheblich dazu bei, dass Protestanten bzw. Protestantinnen den Antisemitismus übernahmen und der nationalsozialistischen Judenvernichtung zustimmten“ – dazu und zu anderen Dingen könne Herr Hernig sich nicht bekennen. Eigentlich wollte er sich hierzu nicht äußern, weil er den Mails entnommen hat, dass immer weniger Leute an dem Netzwerk teilgenommen haben. Selbst aus dem Landtag kam die Information, dass neue Leute gebraucht werden und wenn diese nicht mobilisiert werden können, eben nur Mahnwache gemacht werden müsse. Dazu habe er gesagt, es reicht, wenn es zwei Gruppierungen gibt, man müsse die Bevölkerung nicht noch teilen. Er findet es erschreckend, dass manche Leute Angst davor haben, Probleme anzusprechen, egal wo diese herkommen. Beispielhaft traue er sich abends im Dunkeln nicht mehr in die Flössergasse. Herr Hernig erklärte, er ist dafür, die Gelebte Demokratie zu leben und ein eigenes Netzwerk zu gründen. Aber dieses finanzierte Meinungsbild erinnere ihn ein wenig an die DDR.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, bezeichnete die Friedhofstraße als zum Stadtkern gehörig. Wenn ein Investor vorhanden ist, müsse darüber nachgedacht werden, ob es richtig ist, das Abrissgeld zu nehmen oder ob es vielleicht besser für den Stadtkern ist, den Block mit dem Investor zu ertüchtigen. Dass die DWG finanziell ein Problem hat, die Immobilie zu halten, sei nachvollziehbar. Letztendlich ist aber der Stadtrat der Gesellschafter der DWG. Die Stadträte müssen als Gesellschafter tätig werden, der Aufsichtsrat müsse überdenken, ob es Alternativen zum Abriss gibt, wenn schon ein Investor vorhanden ist. Die derzeitige Geschäftspolitik sei seitens der Fraktion nicht mehr nachvollziehbar. Sie werden versuchen, gemeinsam mit anderen Fraktionen, andere Schritte einzuleiten, sodass der Stadtkern nicht weiter abgerissen wird.

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm bat um Klärung im Aufsichtsrat der DWG. Die Fragen können im Stadtrat ohnehin nicht geklärt werden und kosten wertvolle Zeit.

Herr Adamek, CDU-Fraktion, bedankte sich für die ausführlichen Antworten auf seine Anfragen im letzten Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt und die schnelle Umsetzung der Anfragen aus der letzten Sitzung des Stadtrates, beispielsweise zur Beleuchtung der Ludwigshafener Straße sowie der Helmut-Kohl-Straße. Er fragte nach dem Sachstand zur Sporthalle in Dessau-Süd, die vom Walter-Gropius-Gymnasium mitgenutzt werden soll, und bat um schriftliche Zuarbeit.

Gestern habe die Fraktion eine Beschlussvorlage für eine Ehrenamtskarte für die Stadt Dessau-Roßlau eingereicht. Herr Adamek rief die Fraktionen auf, mit ihm in Kontakt zu treten, um die Beschlussvorlage voranzutreiben. Man habe ein Viertel Jahr Zeit, bis sie in den Stadtrat eingereicht wird.

Frau Storz, SPD-Fraktion, sprach den Springbrunnen am Denkmal des Anhaltischen Bären und der Anhalt-Eiche in Mildensee an. Die ehrenamtlich Tätigen des Sport-, Heimat- und des Trachtenvereins, der Kindertanzgruppe, des Männer- sowie des Frauenchors haben sich zusammengeschlossen und beim Landeswettbewerb „Schönstes Dorf von Sachsen-Anhalt“ beworben. Mildensee hat den zweiten Platz belegt und eine vierstellige Preissumme erhalten. Das Geld wurde für die Sanierung des Springbrunnens verwendet. Die Reparatur wurde jedoch nicht fachgerecht ausgeführt.

Im Oktober 2017 wurde eine Mängelanzeige gestellt, der Vorgang ist derzeit beim Rechtsamt in Bearbeitung. Durch diese öffentliche Anfrage möchte sie den Druck erhöhen. Es sei ein Skandal, dass das Preisgeld bei der beauftragten Firma versickert und die Leistung nicht stimmt. Sie bat das Rechtsamt, das Rechnungsprüfungsamt und die Verwaltungsspitze, den Vorgang zu prüfen, rechtlich aufzuarbeiten und ihr sowie den Mitgliedern des Ortschaftsrates Mildensee zeitnah schriftlich zu antworten. Durch die Mängelanzeige mit hemmender Wirkung der Verjährung sollte es rechtlich möglich sein, das Geld nun zurückzufordern, neu auszuschreiben und den Brunnen zu reparieren. Der Vorgang sorge im Ort für viel Aufsehen, sie möchte den Ortsbürgermeister schützen, sodass er nicht zum „Springbrunnen-Bürgermeister“ wird.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, widersprach dem Stadtratsvorsitzenden. Die DWG ist eine GmbH und eine hundertprozentige Tochter der Stadt. Das oberste Organ einer Gesellschaft ist der Gesellschafter, dieser wird vertreten durch den Haupt- und Personalausschuss, vorrangig durch den Oberbürgermeister. Zusätzlich gebe es den Aufsichtsrat. Er empfahl, über die Thematik nochmals zu beraten. Man habe die oberste Verantwortung für die GmbH, diese müssen die Stadträte auch leben.

Herr Schlecht-Pesé, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, erklärte, dass bezüglich der Körperbehindertenschule auf die Richtlinie für das Kommunale Investitionsförderungsgesetz gewartet wird und fragte nach dem derzeitigen Stand.
Hinsichtlich der Sporthalle des Walter-Gropius-Gymnasiums werde auf einen Bescheid zu einem Wettbewerbsbeitrag gewartet. Darüber hinaus bekundete Herr Schlecht-Pesé seine Freude über die Beschlussvorlage zur Ehrenamtskarte. Bereits zum Neujahrsempfang des Bündnis90/Die Grünen wurde der Vorschlag eingebracht. Die Idee sei unterstützenswert.
Zudem ging er auf die Aussagen von Herrn Hernig ein. Ihm sei unklar, in welchem Verteiler dieser sich befinde. Er sei selbst in vielen Verteilern und engagiere sich seit Jahren gegen Rechtsextremismus, auch Linksextremismus lehne er ab. Was Herr Hernig aus den Mails zitierte, gebe es auch von der anderen Seite in den Medien.

Während des Tagesordnungspunktes erschienen Frau Stabbert-Kühl, Fraktion Die Linke, und Herr Präger, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, zur Sitzung.

7 Beschlussfassungen

7.1 Wirtschaftsplan 2018 des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten (DeKiTa)
Vorlage: BV/397/2017/V-DKT

Der **Stadtratsvorsitzende Herr Ehm** gab das Abstimmungsergebnis des Betriebsausschusses DeKiTa mit 09:00:00 bekannt.

In der öffentlichen Berichterstattung zur Entscheidung Essener Straße waren 3 Varianten in der öffentlichen Diskussion, deshalb fragte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke,** nach der Entscheidung.

Frau Rach, Betriebsleiterin DeKiTa, erhielt das Rederecht und erwiderte, dass 3 Varianten diskutiert wurden. Zustimmung fand ein zweigeschossiger Bau, der im vorgegebenen Kostenrahmen liegt und eine gute Kompromisslösung darstellt.

Beschluss:
Der Stadtrat beschließt gemäß § 7 Satz 2d der Betriebssatzung des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten den in der Anlage 2 zur Sitzungsvorlage beigefügten Wirtschaftsplan des Jahres 2018.

Abstimmungsergebnis:40:00:00

7.2 Haushaltskonsolidierungskonzept 2018 und Folgejahre einschließlich Änderungen
Vorlage: BV/064/2018/II-20

Die Tagesordnungspunkte 7.2 und 7.3 wurden gemeinsam beraten.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, erläuterte, dass nachdem der Haushaltsentwurf in der Stadtratssitzung am 6. Dezember 2017 ausgereicht und vorgestellt wurde, dieser in den letzten dreieinhalb Monaten intensiv in insgesamt 13 Ausschusssitzungen beraten, erörtert und letztlich zur Beschlussfassung empfohlen wurde.

Gegenüber dem Haushaltsentwurf vom 6. Dezember 2017 haben sich infolgedessen und natürlich auch wegen der fortschreitenden Zeit sowie der daraus resultierenden neuen Erkenntnisse einige Änderungen ergeben.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck ging auf die wesentlichen Veränderungen ein:

Im Ergebnisplan sind die Erträge für 2018 saldiert um 1,3 Mio. EUR auf insgesamt 223,9 Mio. EUR gestiegen. Gleichzeitig sind die Aufwendungen für 2018 saldiert um 124 TEUR auf insgesamt 230,1 Mio. EUR gestiegen.

Das geplante Defizit verbessert sich hierdurch um rund 1,2 Mio. EUR und beträgt in 2018 immer noch 6,2 Mio. EUR.

Die geplanten Haushaltsdefizite für die Jahre 2017 bis 2021 betragen insgesamt rund 20,2 Mio. EUR und können mittelfristig nur durch die positiven Jahresergebnisse von 2013 bis 2016 in Höhe von 20,3 Mio. EUR ausgeglichen werden.

Gegenüber der ursprünglich zugrunde gelegten Prognose konnte eine Verbesserung des Jahresergebnisses im Jahr 2017 um 4,4 Mio. EUR auf minus 2,0 Mio. EUR eingepreist werden. Nur mit dieser Ergebnisverbesserung von 2017 war mittelfristig der Haushaltsausgleich, ohne zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen, möglich.

Diese positive Ergebnisentwicklung - trotz des massiven Einbruchs bei der Gewerbesteuer 2017 - ist im Wesentlichen der strikten Ausgabenkritik durch die vom Oberbürgermeister verhängte Haushaltssperre zu verdanken.

Wesentliche Einflussfaktoren für die geänderte Planung im Ergebnishaushalt sind:
erhöhte Landeszuweisungen für soziale Projekte, insbesondere für eine 100%ige Förderung von Personalkosten, niedrigere Schlüsselzuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz vom Land, niedrigere Erstattungsleistungen für Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz, die sich aber ebenfalls im geringeren Aufwand widerspiegeln, geringere Förderung der von uns zum Bauhausjubiläum geplanten Projekte. Gleichzeitig sinken damit auch die Ausgaben, da mehrere Projekte ohne Fördermittel nicht darstellbar sind, eine einmalige zusätzliche Einnahme in Höhe von 2,4 Mio. EUR aus dem Entschädigungsfonds für Veräußerungen von kommunalem Vermögens durch den Bund, Steigerung der Personalkosten durch zusätzliche Stellen im Wesentlichen für soziale Projekte, geringere Leistungen nach dem SGB II (Kosten der Unterkunft), die bekanntermaßen zu einem Drittel aus kommunalen Mitteln finanziert werden sowie zusätzliche Aufwendungen für die Beseitigung von Hochwasserschäden, die allerdings auch zu 100% gefördert werden.

Alle Änderungen sind in der für die heutige Beratung ausgereichten Beschlussvorlage in der Anlage ab Seite 33 komplett dargestellt.

Zum Stellenplan 2018 merkte Frau Bürgermeisterin Nußbeck an, dass dieser nunmehr insgesamt 1.087,8 Stellen umfasst und damit um 13,5 VbE unter dem Plan von 2017 liegt. Von diesen 1.087,8 Stellen sind insgesamt 47,5 VbE befristet und 48,8 VbE künftig wegfallend, so dass die Zielgröße der Verwaltung 991,5 Stellen beträgt. Diese Zielgröße ist stark abhängig davon, inwieweit geförderte Stellen für zweckgebundene Projekte Anspruch genommen werden. Der weitaus größte Teil der befristeten Stellen sind an Förderprogramme gebunden.

Zum Investitionshaushalt wurde ausgeführt, dass sich die Gesamtausgaben für Investitionen für das Jahr 2018 um weitere 800 TEUR auf insgesamt 55,0 Mio. EUR erhöht haben.

Gleichzeitig hat sich die geplante Kreditaufnahme für 2018 aber um 1,5 Mio. EUR auf insgesamt 10,6 Mio. EUR reduziert. Dies ist dem Umstand der bereits benannten einmaligen Einzahlung von 2,4 Mio. EUR aus dem Entschädigungsfonds zu verdanken.

Im Zeitraum 2018 bis 2021 sollen nach der nunmehr vorliegenden Planung 145,6 Mio. EUR in der Stadt investiert werden.

Davon werden rd. 34,0 Mio. EUR in Straßen, Plätze, Geh- und Radwege investiert, darunter die Kavalierstraße, die Ferdinand-v.-Schill-Str. der Busbahnhof, die Cityradiale Johannisviertel, Zerbster Str., Albrechtsplatz und der Fuchswinkel.

27,4 Mio. EUR werden in die Sanierung von Schulen investiert, darunter die Generalsanierung der Grundschule Tempelhofer Str. und der Sekundarschule

An der Biethe, der Erweiterungsbau der Regenbogenschule, die Sanierung der Schulsporthalle an der Sekundarschule Am Zoberberg und der Neubau der Turnhalle an der Grundschule in Meinsdorf.

19,9 Mio. EUR werden in die Sanierung und den Neubau von Kindertagesstätten investiert, wobei hierin bislang noch nicht der Neubau einer Kita in der Innenstadt berücksichtigt wurde, darunter die Generalsanierungen der Kita „Bremer Stadtmusikanten“ und des Hortes „Waldwichtel“, die Ersatzneubauten der Kitas in der Essener Straße sowie der „Mildenseer Spielbude“, die Teilsanierung der Kita „Luisenkinder“, die Zuschüsse an den Behindertenverband für die Sanierung der Kitas „Wirbelwind“ und „Sonnenköppchen“ sowie der Zuschuss an die Anhaltische Diakonissenanstalt für die Sanierung der Kita „Alexandraschule“.

Für die Sanierung und Modernisierung unserer Kultureinrichtungen werden 21,3 Mio. EUR ausgegeben, darunter die komplette Sanierung des Schlosses Georgium und die Ausstattung der neu konzipierten Anhaltischen Gemäldegalerie sowie die Sanierung des Blumengartenhäuschen, die Sanierung und Modernisierung des Technikmuseums „Hugo Junkers“ sowie die energetische Sanierung der wissenschaftlichen Bibliothek.

Für die Sanierung und Neubau von Sporteinrichtungen sind 11 Mio. EUR einge-plant, darunter der Neubau der Sporthalle Querweg, die Restleistungen für den Neubau des Sportbades und mehrere Sanierungsmaßnahmen von Sportein-richtungen der Vereine aus Hochwassermitteln.

Für die Ausstattung und Sanierung der Feuerwehr einschließlich der Gebäude werden 2,8 Mio. EUR eingeplant, darunter der Neubau eines Gerätehauses in Meinsdorf und in Mühlstedt sowie diverse Fahrzeuge und Ausrüstungsgegenstände für die Berufs- wie auch für die Freiwillige Feuerwehr.

Für Maßnahmen des Tourismus und in Vorbereitung des Bauhausjubiläums sind insgesamt 5,6 Mio. EUR veranschlagt, darunter das Außengelände am Kornhaus, am Konsumgebäude in Törten sowie am historischen Arbeitsamt von Walter Gropius, die Anlage touristischer Radwege und mehrerer Fahrradabstellanlagen, die Errichtung eines Besucherparkplatzes am Bauhausmuseum sowie die Errichtung touristischer Leitsysteme inklusive deren Digitalisierung.

Für Maßnahmen zur Entwässerung und deren Regulierung sind im Zeitraum bis 2021 insgesamt 3,2 Mio. EUR (2,2 %) eingeplant, darunter die Überlaufsicherung des Libbesdorfer Landgrabens, die Regenentwässerung in der Siedlung südlich Mühlenteich Mosigkau und verschiedene Maßnahmen am Flugplatzgelände.

Für Infrastrukturvorhaben werden 7,1 Mio. EUR (4,9 %) investiert, hier insbesondere in den Ausbau des trimodalen Umschlagszentrums Hafen Roßlau

Mehr als 12 Mio. EUR (8,2 %) von den genannten Investitionen fließen übrigens in die Ortsschaften.

Um diese Investitionen zu finanzieren, bedarf es einerseits eines erheblichen Umfanges an Fördermitteln, die sich aus einer Vielzahl von Förderprogrammen, wie STARK

III, Stadtumbau und Stadtsanierung speisen. Für die Darstellung des Eigenmittelanteils sind darüber hinaus noch weitere 29,4 Mio. EUR an Kreditaufnahmen notwendig.

Dadurch steigt erstmalig seit 2005 unsere Verschuldung kurzfristig wieder an.

Nachdem über 100 Mio. EUR an Kreditlast getilgt wurden bzw. anteilig durch das Land im Rahmen von STARK II übernommen wurden, haben wir zum 31.12.2017 einen Schuldenstand von 15,9 Mio. EUR erreicht.

Unter Anrechnung der Kreditneuaufnahmen und der weiterhin stattfindenden höheren Tilgungsrate erreichen wir nunmehr planmäßig zum 31.12.2021 einen Schuldenstand von 22,6 Mio. EUR (das entspricht 273,41 EUR/Einwohner).

Auf die Liste der Prüfaufträge eingehend, bemerkte Frau Bürgermeisterin Nußbeck, dass in diesem Jahr 14 Prüfaufträge vorliegen, wobei 3 Prüfaufträge noch aus dem Haushaltsjahr 2017 stammen und deren Ergebnisse erst in diesem Jahr vorliegen.

Zum einen werden dort die in den Haushaltsberatungen inhaltlichen Ziel- und Aufgabenstellungen dokumentiert, auch wenn diese für eine Aufnahme in den Haushalt noch keine Umsetzungsreife haben oder noch nicht entscheidungsreif sind. Zum anderen haben die Stadträtinnen und Stadträte damit die Möglichkeit, auch geplante Maßnahmen konkreter zu begleiten.

Einige Prüfaufträge betreffen den Ergebnishaushalt.

Der Umfangreichste dürfte hier der Prüfauftrag zur Frühstücksversorgung in den Kindereinrichtungen sein.

Die Haushaltsberatungen haben ihres Erachtens. zwei Dinge deutlich gezeigt, nämlich einerseits, dass sich keine im Stadtrat vertretene Fraktion diesem Thema grundsätzlich verschließt und andererseits, dass es einer intensiven Prüfung und Vorbereitung bedarf, wenn ein solches wie auch immer geartetes Projekt in allen_Kindereinrichtungen unabhängig von ihrer Trägerschaft nachhaltig etabliert werden soll.

Nicht vergessen werden darf hierbei, dass man sich nach wie vor in der Haushaltskonsolidierung befindet und der Haushaltsausgleich, wie anfänglich schon ausgeführt, nur durch den Rückgriff auf die positiven Jahresergebnisse der Vorjahre möglich war und ist. Das bedeutet im Umkehrschluss aber auch, dass zusätzliche neue Aufgaben und Ausgaben zusätzliche neue Konsolidierungsmaßnahmen erforderlich machen.

Auch das finanzielle Risiko aus den Verhandlungen zum neuen Theatervertrag ist noch nicht gebannt. Vor diesem Hintergrund ist eine Abwägung der verschiedenen Maßnahmen dringend geboten, um den gemeinsam (mit Blut und Tränen) erkämpften finanziellen Handlungsspielraum nicht leichtfertig aufzugeben. Dies umso mehr, da der Stadtrat der Verwaltung bereits im Dezember des vergangenen Jahres einen konkreten Arbeitsauftrag mit dem Ziel der deutlichen Verbesserung des Pflegezustandes im Stadtgebiet erteilt hat.

Die Ergebnisse liegen zwischenzeitlich vor und wurden bereits im Betriebsausschuss in groben Zügen vorgestellt. Und es verwundert nicht, dass zur Erreichung dieses Zieles deutlich mehr Haushaltsmittel bereitgestellt werden müssen. Es wird daher auch die Aufgabe des Stadtrates in den nächsten Wochen und Monaten sein, die Weichen für das Jahr 2019 hinsichtlich des Bauhausjubiläums, aber eben auch hinsichtlich der Aufstellung des künftigen Haushaltes, zu stellen.

Zwei weitere umfangreiche Prüfaufträge betreffen den Investitionsplan. Hier ist zum einen der Wirtschaftlichkeitsvergleich zwischen der Sanierung und dem Neubau der Förderschule für Körperbehinderte zu erarbeiten und eine Entscheidung vorzubereiten sowie zum anderen die Bedarfsbegründung und daraus folgend die Grundsatzentscheidung für einen zusätzlichen Neubau einer Kita in der Innenstadt inklusive Standort vorzubereiten.

Diese Untersuchungen haben den gesetzlichen Mindestvorgaben zu entsprechen, um damit die Voraussetzungen für eine mögliche Aufnahme in der Haushaltsplanung 2019 zu schaffen.

Insofern ist diese Prüfliste eine wichtige und sehr praktische Arbeitsgrundlage für die Verwaltung in Vorbereitung auf die künftige Haushaltsaufstellung und sollte daher nicht geringgeschätzt werden.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck dankte für die konstruktive Diskussion in den Ausschusssitzungen und bat im Sinne eines zügigen Beginns aller neuen Investitionsmaßnahmen, insbesondere in Vorbereitung auf das Bauhausjubiläum, um die Zustimmung zum vorliegenden Entwurf des Haushaltes und des Konsolidierungskonzeptes 2018 inklusive der Änderungen.

Die **SPD-Fraktion** wird dem Haushalt nicht zustimmen, erklärte **Herr Eichelberg.** Bereits vor einem Jahr wurde ein Prüfauftrag zur Einführung eines kostenlosen Frühstücks beschlossen. Am 16.01.2018 hat die Fraktion auf eine diesbezügliche Nachfrage von Frau Nußbeck eine Mail mit Zahlen erhalten, welche aber nicht ordentlich untersetzt wurden. So würden für das Jahr 2018 bei 4.800 Kindern und einem angenommenen Euro 864 T€ an Kosten entstehen. Es gab den Hinweis, dass der Beschluss nicht umsetzbar ist, da er erhebliche Finanzmittel beinhaltet und mit solchen Debatten der Beschluss und die Genehmigung des Haushaltes riskiert wird. In mehreren Sitzungen des Haushaltsausschusses ging es dann nicht mehr um 864 T€, denn es gibt inzwischen Beispiele in Kindertagesstätten, wo ein bezahltes Frühstück ausgereicht wird und andere Summen herauskommen, die wesentlich niedriger sind. Das Fazit für die Fraktion ist, dass der Prüfauftrag nicht ordentlich ausgeführt wurde.

Die seitens der Fraktion modifizierte Beschlussvorlage beinhaltet sehr gute Ansätze auch von anderen Fraktionen, z. B. von der Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, die gut sind und zum Ziel führen. Diese Beschlussvorlage hätte erst im September 2018 gegriffen. Die Ablehnung in den Ausschüssen wird akzeptiert, jedoch wird es wieder zu einem Prüfauftrag kommen. Wie in der MZ zu lesen war, wurde von der Amtsleiterin Frau Förster in der Sitzung des Gesundheits- und Sozialausschusses der Prüfauftrag zum 30. Juni infrage gestellt, da das nicht zu schaffen sei. Es stellt sich die Frage, über wie viele Prüfaufträge noch gesprochen und wie lange noch geprüft werden soll.

In anderen Städten wird nicht über kostenlose gesunde Frühstücksversorgung, was das ursprüngliche Ansinnen war, sondern über Ganztagsversorgung debattiert.

Auch in diesem Jahr wird eine Menge für die Kinder gemacht, aber für die SPD-Fraktion ist das zu wenig. In der Vergangenheit und auch in diesem Haushalt gibt es viele Investitionen in Beton, wo teilweise die Beschlüsse nicht umgesetzt worden sind. Es sollte über eine gesunde und kostenlose Ganztagsversorgung nachgedacht werden, jedoch scheitert es momentan schon an der Frühstücksversorgung. Alle wissen, dass diese Stadt die älteste Stadt in der Bundesrepublik und die drittälteste Stadt in Europa ist. Um Zuwachs und Zuzug zu bekommen, müsse in Kinder investiert werden. Die SPD-Fraktion lehnt den Haushalt ab, wird aber dran bleiben, dass der gemeinsam mit anderen Fraktionen gestellte Antrag zum Prüfauftrag ordentlich umgesetzt wird.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm,** gab folgende Abstimmungsergebnisse der vorberatenden Gremien bekannt:
Ausschuss für Finanzen: 9:0:0
Haupt- und Personalausschuss: 10:00:00

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, verwies auf die kontroverse, aber faire Haushaltsdiskussion. Er nannte einige Schwerpunkte der Arbeit der Fraktion für die Haushaltsdiskussion. Unter dem Aspekt Jugend und Soziales stand die Analyse der Spielplatzkonzeption im Vordergrund. Für die Erarbeitung dieser Analyse dankte er Frau Dr. Lott, Sachgebietsleiterin Freiraum-/Grünplanung. Diese ist in ihrer Art umfänglich, wenn auch anfangs die stichtagsbezogenen Zahlen der Kinder umstritten waren, aber inhaltlich ist sie hilfreich und orientierungssetzend. Es kommt jetzt darauf an, daraus einen Maßnahmeplan zu erarbeiten mit kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen, um dieser Spielplatzsituation die nötigen Impulse zu verleihen. Der Schillerpark soll als Bürgerpark profiliert werden. Hierzu gehört die Gestaltung einer Mehrgenerationenspielanlage, was heißt, dass inzwischen auch die spielerische Ertüchtigung im Alter eine legitime Geschichte im öffentlichen Raum ist. Weiterhin wurden Schwerpunkte beim Ersatz von Spielgeräten, die umgehend getätigt werden müssen, gesetzt. Dafür gab es eine Aufstockung des Gesamtvolumens um 20 T€. Er dankte für die Unterstützung der anderen Fraktionen, denn ohne Mehrheiten sei das nicht möglich.

Weiterhin nannte er die Problematik der Körperbehindertenschule. Hier ist eine entsprechende Untersuchung durchzuführen, um eine Planrechtfertigung auf den Punkt zu bringen. Die Fraktion sieht diese Körperbehindertenschule im Stadtkern besser angesiedelt und nur mit einem Neubau zeitgemäß realisierbar. Deshalb sollte man sich stringent dieser Zielsetzung widmen und alles dafür tut, um dort Abhilfe zu schaffen.

Auch für den Neubau von Kindertagesstätten hat sich die Fraktion eingesetzt und teilt die Position des Oberbürgermeisters, dass es einen Paradigmenwechsel in der Stadt gibt. Es wird nicht nur über betreutes Wohnen im Alter und altengerechte Betreuung diskutiert, sondern es werden aus dem Bedarf heraus, auch 3 neue Kindertagesstätten gebaut, die allerdings aus seiner Sicht nicht reichen, denn er sieht diese Stadt mit der Geburtenrate im Aufwind. Dieses Beispiel der Kindereinrichtungen macht deutlich, dass diese Stadt auf einem guten Weg ist.

In einem weiteren Komplex ging es um Schule und Kultur, hier insbesondere um die Schulsozialarbeit, die abhängig von der Bundes- und Landesfinanzierung ist und um die Turnhalle und das Kurshaus im Gropiusgymnasium. Des Weiteren geht es im Bereich Gesundheit und Sport um einen jugendgerechten Veranstaltungsort in der Stadt, der eine gewisse Vielfalt ermöglichen sollte. Auch habe man sich um die zielgerichtete Unterstützung von Sportvereinen gekümmert, was jetzt über die Sportförderrichtlinie möglich ist. Die Schwerpunkte lagen bei TUS Kochstedt, Lok Süd und Grün-Weiß, die Kegelgemeinschaft.

Es ging ebenfalls um Infrastruktur und Umwelt, so sind die Straßen in den Vororten weiterhin fach- und sachgerecht zu pflegen und zu konzipieren.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm, verwies Herrn Schönemann auf die einzuhaltende Redezeit.

Herr Schönemann fuhr fort, weitere Schwerpunkte sind die Überarbeitung des Konzeptes zur Grünpflege, die Qualität des Ratssaales und die Personalstelle im Umweltamt mit einem Klimaschutzbeauftragten.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, gab die Zustimmung der Fraktion zum Haushalt und zum Haushaltskonsolidierungskonzept bekannt, weil wichtige Vorhaben, die für die Entwicklung der Stadt wesentlich sind, enthalten sind. Die finanziellen Risiken sind nicht gering, besonders was die kommenden Jahre betrifft, aber sie sind überschaubar und zu akzeptieren, insbesondere deshalb, weil entsprechend der Haushaltssystematik alle Investitionsvorhaben aufgenommen werden müssen, die die Stadt anstrebt zu realisieren, auch wenn die Gegenfinanzierung durch Fördermittel des Landes nicht sichergestellt ist. Auch bei der Erteilung von Fördermittelbescheiden besteht ein erheblicher Rückstau bei ganz wichtigen Vorhaben. Im letzten Jahr hatten wir einen Mittelabfluss bei Investitionen, der unter 50% in der Abrechnung liegt. Das mag ein Sondereffekt, auch durch die LAGA sein, aber insgesamt zeigt es, dass der Mittelabfluss bei Investitionen gering ist. Es ist zu befürchten, dass sich das auch in diesem Jahr nicht wesentlich ändert. Insofern wird der Haushalt auch in diesem Jahr nur einen Rahmen darstellen. Die Realität am Ende des Jahres wird eine andere sein. Zufriedenstellend ist diese Situation nicht, deshalb kann er sich dem Appell von Herrn Schönemann anschließen, dass auf die Landespolitik Einfluss genommen werden muss. Die Bindung von Eigenmitteln und die Vorleistung bei der Projektierung und bei der Projekterstellung sind eine Bürde für die Stadt. Trotzdem sollte das optimistisch gesehen werden. Zum Verfahren der Haushaltsaufstellung selbst legte Herr Dr. Melchior dar, dass es ein weitgehend konsensorientierter Prozess war.

Auf jeden Fall kommt der Haushalt zu spät, weshalb er an die Verwaltungsspitze appelliert, den nächsten Haushalt deutlich eher einzubringen. Möglichst zum Jahresende sollte die Haushaltsaufstellung fertig sein. Im kommenden Jahr wird es ansonsten wegen des bevorstehenden Wahlkampfes deutlich teurer und strittiger, außerdem haben wir das Bauhausjahr und die Mittel für das Bauhausjubiläum sollten nicht erst dann in den Haushalt eingestellt werden, wenn es halb vorbei ist.

Er sprach Frau Bürgermeisterin Frau Nußbeck und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit im Jahr seinen Dank aus. Jedoch sollte manches vereinfacht werden, vielleicht durch mehr Globalbudgets, den Fachbehörden sollte mehr Verantwortung gegeben werden, dann werde auch die Haushaltsaufstellung einfacher. Er bat abschließend darum, die Eröffnungsbilanz vor der Aufstellung des nächsten Haushaltes zu fertigen.

Auf die Rede von Herrn Eichelberg eingehend, merkte **Herr Adamek, CDU-Fraktion,** an, dass zu diesem Thema in jeder Sitzung Unterstützung angeboten wurde, denn alle Fraktionen waren sich einig, dass es ein unterstützenwertes Thema ist, das behandelt werden muss. Eine Beteiligung der anderen Fraktionen konnte nicht erreicht werden, da Gespräche und Kooperationen abgelehnt wurden.

Zum Haushalt kommend sprach Herr Adamek der Verwaltung, den Fraktionen und seinen Fraktionsmitgliedern seinen Dank aus. Die CDU-Fraktion konnte sich vielseitig einbringen und hat sich größtenteils der Anträge und Anfragen aus den Ortschaften angenommen. Er wolle auf die Schotterungen der nicht gepflasterten Straßen eingehen, aber auch betonen, dass sie auch die Sporthalle in Dessau-Süd zur Nutzung durch das Walter-Gropius-Gymnasium mit aufgenommen haben. Der Antrag für TUS Kochstedt zur abschließenden Baustelle des Vereinsheimes kam von der CDU. Unterstützt werden soll auch ein Motorbootrennen auf der Elbe in diesem Jahr. Alle haben auch die Finanzierung der Feste untermauert, damit diese weiter stattfinden. Das Thema Ostrandstraße wird die CDU weiter verfolgen. Hier ist man im Haushalt nicht viel weitergekommen, aber größtenteils besteht Einigkeit, daran festhalten zu wollen. Es wird ein schweres Haushaltsjahr mit wenig Spielraum, deshalb sollten sich auch die Stadträte disziplinieren und sich auf die wesentlichen Dinge konzentrieren.

Frau Müller, SPD-Fraktion, bemerkte, dass sie zum 1. Mal seit 28 Jahren dem Haushalt nicht zustimmen wird. Die Gründe hat der Fraktionsvorsitzende bereits genannt.

Weiterhin wurde in einer Sitzung des Haushaltsausschusses der SPD-Fraktion vorgeworfen, dass sie polarisieren und die Kinder als Versuchskaninchen benutzen, wogegen Sie Einspruch erhebt, denn sie hat im Sinne der Sozialen Partei und auch als Christin gehandelt, da Kinder gleichberechtigt behandelt werden müssen. Deshalb bat sie die CDU-Fraktion, wenn diese Beschlussvorlage noch einmal auf die Tagesordnung kommt, an ihre Parteibezeichnung zu denken.

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, legte dar, dass die Fraktion die jährlichen Haushaltsplanberatungen als politisches Gestaltungsinstrument nutzt. Deshalb wurden 20 Anträge in die Beratungen eingebracht, die bereits im Amtsblatt zu lesen waren. Aus 4 Anträgen wurden Prüfaufträge. Dazu gehören die Anträge zur Aufnahme der Gedenkkultur in den Bereich Kultur, einschließlich der Aufnahme einiger Gedenktage, der Arbeitsauftrag für einen Neubau einer Kindertagesstätte und die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zwischen Sanierung und Neubau der Körperbehindertenschule. Bei der Körperbehindertenschule besteht Einigkeit, alle haben sich vor Ort über die Notwendigkeit informiert. Für sie bedeutet das nur noch Zeitverzug, denn die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung liegt nicht vor und die Kinder leiden weiter in dieser Schule an dem Umfeld. Auch der Antrag einer schrittweisen Erweiterung eines Spielplatzes im Schillerpark wurde nicht positiv entschieden.

Obwohl in der Spielplatzanalyse auch von einer schrittweisen Erweiterung des Spielplatzes im Schillerpark gesprochen wird, soll nun erst eine Auswertung der Analyse abgewartet werden, um daraus Entscheidungsvorschläge zur Umsetzung erarbeiten zu können. Bereits seit 3 Jahren wird von der Fraktion Die Linke die Erweiterung beantragt, aber ohne Erfolg. Auch 2019 wird sie diesen Antrag stellen, denn es könne nicht sein, dass so viele Jahre gewartet werden muss, um eine Idee umsetzen zu können. Es ist völlig unverständlich, wenn der Oberbürgermeister in der Neujahrsansprache von einer familienfreundlichen Stadt spricht und dann alle Vorschläge zur Verbesserung der Spielmöglichkeiten für Kinder von der Verwaltung blockiert werden. Sie fragte, wie junge Familien nach Dessau geholt werden sollen, wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmen. Es reicht eben nicht 58 T€ für die Reparatur von Spielgeräten bereitzustellen, wenn es sich seit Jahren um Konzepte handelt, die hier fehlen. Für die Dessauer Tafel wurden neben den 7 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auch finanzielle Mittel in Höhe von 150 € im Monat von der SPD und der Fraktion Die Linke beantragt. Nachdem sie sich vor Ort informiert hatten, vor der Entscheidung zur finanziellen Unterstützung, sind nun noch immer Papiere notwendig. Wenn man nur wartet, tue sich nichts. Man könne aber auch stolz auf die erreichten Ergebnisse sein. Das ist die Förderung der Ortschaften durch eine Erhöhung von 0,50 Cent, um die Angleichung bei anderen Ortschaften zu erreichen und das betrifft die Förderung der Ortschaftsräte, die bei Vorlage von Konzeptionen bis zu 3.000 € erhalten können. Auch die finanzielle Unterstützung des Anhalt-Meetings mit 20 T€ anlässlich des 20jährigen Jubiläums wurde positiv entschieden. Auch die Unterhaltung der Straßen in den Vororten in Höhe von 100 T€ ist wieder im Haushaltsplan enthalten. Im Jahr 2018 sollen 55 Mio. € investiert werden, was ein Mammutprogramm ist. Dazu gehören aber auch Kindertagesstätten. Dies könnte schon fertig sein, wenn das Land nicht schon 2 Jahre gebraucht hätte, um die Bedingungen für Stark III zu benennen und sie nicht dauernd geändert hätte.

Die **Freie Fraktion** wird dem Haushalt ebenfalls nicht zustimmen, legte **Herr Hernig** dar. Er verwies auf die Situation, dass der Stadt Einnahmen entgangen sind, was er teilweise nicht versteht. So stellt sich die Frage, wie z. B. der Verlust bezüglich des Verkaufs des Grundstückes an die Fa. Rotkegel ausgeglichen wird. Das sind Mittel, die der Stadt fehlen. Es fehlen weiterhin Einnahmen im Bereich Sponsoring. Dazu hat die Fraktion bereits 2015 Anfragen gestellt, wie wird damit umgegangen, wann fangen wir an, wieder selber etwas zu tun. Im Bereich Sport besteht eine Steigerung der Kosten. Seit 2014/2015 wurde die Frage gestellt, was mit der Brauerei passiert. Es ist eine Situation erreicht, wo man sagen kann, das Gebäude ist eine Ruine und die Bausicherungsmaßnahmen werden jetzt irgendwann kommen. Es stellt sich die Frage, wie damit umgegangen wird. Im Haushalt sind 10 T€ für Gelebte Demokratie eingestellt, wo er fragt warum, wer demokratisch ist und wenn alle das gleiche wollen, geht man auch ohne Geld auf die Straße. Diese Gelder fehlen. Bezüglich des nicht umgesetzten Prüfauftrages schließt er sich den Ausführungen von Herrn Eichelberg an. Traurig ist auch, wenn Frau Wendeborn sagt, dass dieser Prüfauftrag nicht vor Juni umgesetzt werden kann. Bezüglich der Anfrage von Herrn Hoffmann in der letzten Sitzung zur Schaffung einer Stelle für Kinder- und Jugendbeteiligung gab es von Frau Wendeborn die Information, dass man nur 3 Tage Zeit hatte, um einen Förderantrag zu stellen. Das könne nicht so lange dauern. Es müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, um an Geld zu kommen. Es dauert alles zu lange.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, fügte folgenden Beschlussvorschlag zum Prüfauftrag zur Einführung eines kostenfreien gesunden Frühstücks in den Kindertageseinrichtungen (Krippen, Kindergärten und Kindertagespflege) der Stadt Dessau-Roßlau an:

1. Der Stadtrat beschließt, nach Beratung, für den Zeitraum vom 01.09.2018 bis 31.08.2019 in allen Kinderkrippen, Kindergärten und Kindertagespflegestellen der Stadt Dessau-Roßlau die Durchführung einer gesunden Frühstücksversorgung.

2. Die Finanzierung der zusätzlichen Kosten erfolgt als Kostenerstattung durch die Stadt Dessau-Roßlau in Form eines Budgets an die Träger der Einrichtungen. Das Budget errechnet sich aus der Anzahl der Betreuungsplätze einer Einrichtung und einem kommunalen Zuschuss der Stadt Dessau-Roßlau in Höhe von 2 Euro je Kind und Woche.

3. Zum 30.06.2019 erfolgt durch die Verwaltung eine erste Evaluation und Beschlussempfehlung. Ziel ist die Entwicklung einer dauerhaften Lösung für eine kostenfreie gesunde Frühstücksversorgung. Dafür sind u. a. die Eltern in Form einer Befragung zu beteiligen sowie die Erfahrungen der Träger zu nutzen.

4. Die Mehrkosten für die Stadt Dessau-Roßlau in Höhe von 107.882 Euro für 2018 und 222.110 Euro für 2019 sind in den Verwaltungshaushalt der Stadt Dessau-Roßlau einzustellen.

Unabhängig davon, dass das momentan haushaltsmäßig keine Berücksichtigung findet, soll für die Diskussion des Prüfauftrages diese Aufgabenstellung in den Fachausschuss überwiesen werden. Durch konkrete und realisierbare Vorschläge sollte das umgesetzt werden. Dieser Vorschlag wurde allen Fraktionen zugereicht.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, ging auf den von Herrn Eichelberg erwähnten Prüfauftrag aus dem Jahr 2016 ein und erklärte, der Auftrag war, hier eine Variantendarstellung der verschiedenen Möglichkeiten zu erarbeiten, was im Januar vorgestellt wurde. Die Kosten der entsprechenden Varianten wurden dargestellt und dem politischen Raum wurde die Herbeiführung einer Entscheidung überlassen. In der Haushaltsdiskussion gab es dann verschiedene Stufen der Diskussion und endete im Februar im Haushaltsausschuss mit dem besagten Prüfauftrag, der jetzt von Herrn Schönemann dezidierter dargestellt wurde, dass nämlich bis zum 30.06.2018 eine Elternbefragung durchgeführt, Varianten und Kalkulationen dargestellt werden sowie eine Entscheidungsvorlage zu machen ist. Natürlich hat die Jugendamtsleiterin, Frau Förster, im Ausschuss Zweifel gehegt, dass diese Zeitschiene machbar ist, denn allein die Elternbefragung bedarf eines Beschlusses des Stadtrates, diese muss auch konzipiert und ausgewertet werden, was bis zum 30.06.2018 nicht leistbar ist. Insofern ist er für die Erweiterung des Prüfauftrages auf das Jahr 2019 dankbar. Allerdings beinhaltet der jetzt noch formulierte Prüfauftrag aus dem Februar 2018 auch den Auftrag, dass die Kostendeckung aus dem sozialen Bereich zu decken ist. Das ist aus seiner Sicht ein Auskegeln sozialer Themen gegen andere soziale Themen. Deshalb warnt er davor zu sagen, es wird bspw. ein Jugendklub geschlossen und das eingesparte Geld wird für kostenloses

Frühstück in den Kindertagesstätten eingesetzt. Das darf nicht passieren, weil viele Pflichtleistungen im sozialen Bereich bestehen und die freiwilligen Leistungen immer in der Diskussion und hart an der Grenze sind. Diese Diskussion darf nicht aufkommen.

Herr Puttkammer, CDU-Fraktion, verwies auf eine halbstündige Diskussion über eine Beschlussvorlage der SPD-Fraktion, obwohl das Thema der Haushalt ist. Er hat u. a. erfragt, wie viele Kinder in diesen Bereich fallen und wie viele Meldungen existieren, dass Kinder von der Kindertagesstätte nicht genügend versorgt werden. Dies betrifft keinen Fall. Es gibt keine Meldung. Alles andere sollte langfristig und zielgerichtet erfolgen und nicht im Stadtrat thematisiert werden, ohne konkret werden zu können. Die Beschlussvorlage, die in den Ausschuss für Gesundheit und Soziales eingereicht wurde, ist aufgrund von Fehlern abgelehnt worden. Dieses Thema könne im Ausschuss noch einmal besprochen werden, wozu er jeden Stadtrat einlädt.

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes erschien Herr Semper, Fraktion Die Linke, zur Sitzung.

Beschluss:
Das Haushaltskonsolidierungskonzept 2018 und Folgejahre
(siehe BV/449/2017/II-20 einschließlich der in den Haushaltsberatungen abgestimmten Änderungen (siehe Anlage) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 32:09:00

7.3 Haushaltssatzung 2018 einschließlich Änderungen Vorlage: BV/072/2018/II-20

Beschluss:
Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2018 (und damit den Ergebnisplan 2018, den Finanzplan 2018, die Teilpläne 2018 und den Stellenplan) gemäß BV/450/2017/II-20 einschließlich der in den Haushaltsberatungen abgestimmten Änderungen (siehe Anlagen).

Abstimmungsergebnis: 32:09:00

Nach Beendigung des Tagesordnungspunktes wurde eine Pause durchgeführt, in der Herr Adamek und Herr Herbst, CDU-Fraktion, Frau Sanftenberg, Fraktion Die Linke sowie Herr Dr. Hunger, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, die Sitzung verließen. Herr Mau, CDU-Fraktion, erschien während der Pause zur Sitzung.

7.4 Entsendung eines Stadtrates in den Aufsichtsrat der DWG Vorlage: BV/085/2018/II-30

Nach Erläuterung der Beschlussvorlage durch den **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Ehm,** wurde diese zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:
Der Stadtrat entsendet in den Aufsichtsrat der DWG Herrn Stadtrat René Schönau.

Abstimmungsergebnis: 38:00:00

7.5 Kostenloses gesundes Frühstück in den Kindertagesstätten (KiTa) der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: FV/004/2018/StR

Die Beschlussvorlage wurde seitens des Einreichers zurückgezogen.

7.6 Änderung des Beschlusses DR/BV/213/2008/I-80 – Zulässigkeit eines Antrages auf Zuschuss zu den Betriebskosten für das Sport- und Freizeitzentrum Mildensee durch den SV Mildensee 1915 e.V. Vorlage: BV/471/2017/OR Mild

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, gab das Abstimmungsergebnis der vorberatenden Gremien bekannt:
Ausschuss für Finanzen: 8:0:1
Haupt- und Personalausschuss: 8:0:2

Beschluss:
Es ist zu beschließen, dass der SV Mildensee 1915 e.V. unter unveränderter Beibehaltung des bestehenden Pachtvertrages in Erbaurecht für das Grundstück des Sport- und Freizeitzentrums in Mildensee ab dem Jahr 2018 Anträge auf Zuschüsse zu den Betriebskosten stellen kann.

Abstimmungsergebnis: 38:00:00

7.7 7. Änderung und zugleich Ergänzung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Dessau - Weiterentwicklung des zentralen Versorgungsbereichs am Standort des ehemaligen Schlachthofs Dessau-Nord - Abwägungs- und Feststellungsbeschluss Vorlage: BV/003/2018/III-61

Herr Hofmeister, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, erklärte sich befangen und nahm an der Beratung des Tagesordnungspunktes nicht teil.

Nach dem Hinweis des **Vorsitzenden des Stadtrates Herr Ehm,** dass es sich um eine Wiedervorlage handelt, gab er folgende Abstimmungsergebnisse der vorberatenden Gremien bekannt:

Stadtbezirksbeirat innerstädtisch Nord: 05:01:00
Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt: 06:01:00

Die **Fraktion Pro Dessau-Roßlau** wird gegen diesen Beschluss stimmen, merkte **Herr Otto** an und verwies begründend auf die Feststellung der IHK, dass es bereits zu viele Handelsflächen in der Stadt gibt und die Stadtverwaltung hat, wenn es um die Verkehrsentwicklung geht, festgestellt, dass die Bevölkerung rapide abnimmt, weshalb sich die Frage stellt, warum dann noch mehr dazu gebaut werden soll. Wenn EDEKA dort ein eigenes Objekt hat, könnten die angemieteten Objekte in der Innenstadt eventuell aufgegeben werden. Damit würde die Innenstadt gefährdet, was man nicht wolle.

Die Frage der Einzelhandelsflächen und wo Einzelhandel noch in der Stadt machbar ist, ergibt sich aus dem Zentrenkonzept, erwiderte **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt.** Der Schlachthof war immer als eine Fläche, an der noch Einzelhandel möglich ist, vorgesehen. Es ist eine langjährige Planung an dieser Stelle erfolgt. Insofern handelt es sich um die Umsetzung des Zentrenkonzeptes, auch wurde dem Investor vor langer Zeit eine Zusage erteilt. Im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan wurde aber noch einmal geprüft, ob es Konkurrenzen oder Befindlichkeiten gibt. Auch nach diesem Gutachten ist dieser EDEKA an dieser Stelle zulässig. Der Bebauungsplan wird den Einzelhandel nicht an anderer Stelle gefährden.

Beschluss:

1. Den in der Anlage 2 zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zur 7. Änderung und zugleich Ergänzung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Dessau mit dem Titel „Weiterentwicklung des zentralen Versorgungsbereichs am Standort des ehemaligen Schlachthofs Dessau-Nord“ wird zugestimmt.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit, den Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die in ihren Stellungnahmen abwägungsrelevanten Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

3. Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau beschließt die Feststellung der in der Anlage 4 beigefügten 7. Änderung und zugleich Ergänzung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Dessau mit dem Titel „Weiterentwicklung des zentralen Versorgungsbereichs am Standort des ehemaligen Schlachthofs Dessau-Nord“ (Feststellungsbeschluss).

4. Die in der Anlage 5 beigefügte Begründung zur 7. Änderung und zugleich Ergänzung des Flächennutzungsplanes wird gebilligt.

5. Die Verwaltung wird gemäß § 6 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) beauftragt, für die 7. Änderung und zugleich Ergänzung des Flächennutzungsplanes die Genehmigung beim Landesveraltungsamt zu beantragen.

Abstimmungsergebnis: 24:08:05

7.8 Änderung des Wirtschaftsplanes 2018 für den Eigenbetrieb Anhaltisches Theater Dessau
Vorlage: BV/070/2018/IV-ATD

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, verwies auf das Abstimmungsergebnis des Betriebsausschusses Anhaltisches Theater mit 10:00:00.

Beschluss:
Die Änderung des Wirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2018 für den Eigenbetrieb Anhaltisches Theater Dessau wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 38:00:00

7.9 Beitritt der Stadt Dessau-Roßlau in den „Verein Bahntechnologie Dessau e. V.“
Vorlage: BV/480/2017/IV-80

Nach der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses im Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus mit 8:0:0 durch den **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Ehm,** verwies **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke,** auf die Fragestellung, die in der Öffentlichkeit häufig aufkommt, nämlich dass die Stadt in relativ vielen Vereinen und Organisationen ist.

Bezüglich des Beitritts und der damit verbundenen besonderen Situation bat er Herrn Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, um Ausführungen zu den vorhandenen Möglichkeiten, also als technologischer Schwerpunkt und vielleicht als Cluster für diese Stadt.

Der Verein Bahntechnologie, dem die Stadt mit dieser Vorlage beitreten will, ist ein Zusammenschluss von Bahn und technologieaffinen Unternehmen, einige sind direkt im Bereich Bahntechnologie aktiv, andere mittelbar beteiligt, erwiderte **Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur.** Wesentliche Akteure sind das Fahrzeuginstandhaltungswerk mit dem Geschäftsführer, Herrn Otto, der auch maßgeblich an der Gründung des Bahntechnologievereins mitgewirkt hat. Ein weiteres Unternehmen ist das WTZ in Roßlau, ein Forschungs- und Wissenschaftsunternehmen, welches mit einer großen Tradition am Standort wirkt. Auch das weltweit tätige Bahnberatungsunternehmen Railistics und verschiedene andere Unternehmen befassen sich mit dem Thema Bahn. Gemeinsam wollen sie dem Bahntechnologiestandort Dessau-Roßlau eine breitere Wahrnehmbarkeit ermöglichen. Über die Stadtgrenze hinaus ist bereits sichtbar geworden, dass sich der Verein auch als Verbund von Unternehmen zusammenschließt, um Forschungsprojekte zu machen. An diesem Vorhaben ist auch die Hochschule Anhalt beteiligt.

Ein gemeinsamer Bundesantrag könnte bei erfolgreicher Bescheidung ein millionenschweres Forschungsprogramm in die Region holen.

Die Stadt begleitet die Initiative schon seit längerem. Mit der Mitgliedschaft soll der Verein finanziell unterstützt und vor allem deutlich gemacht werden, dass die Stadt Dessau-Roßlau hinter den bahntechnologieorientierten Unternehmen steht und mit ihnen der Wirtschaftsstandort gestärkt werden soll. Dem Verein jetzt beizutreten ist ein folgerichtiger Schritt und ein klares Bekenntnis zum Wirtschaftsstandort und vor allem zum Wirtschaftsstandort für Bahntechnologie.

Beschluss:
Die Stadt Dessau-Roßlau tritt in den „Verein Bahntechnologie Dessau e. V.“ ein.

Abstimmungsergebnis: 38:00:00

7.10 Kalkulation zur Kostensatzung der Volkshochschule der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/024/2018/V-40

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm,** gab das Abstimmungsergebnis der vorberatenden Gremien bekannt:

Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport: 7:0:0
Ausschuss für Finanzen: 7:0:0

Beschluss:
Die Kalkulation zur Kostensatzung der Volkshochschule der Stadt Dessau-Roßlau wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 38:00:00

7.11 Änderung der Kostensatzung der Volkshochschule der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/025/2018/V-40

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, gab das Ergebnis der vorberatenden Gremien bekannt:
Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport: 7:0:0
Ausschuss für Finanzen: 7:0:0

Beschluss:
Die Änderung der Kostensatzung der Volkshochschule der Stadt Dessau-Roßlau wird beschlossen. Die Satzung tritt nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Abstimmungsergebnis: 38:00:00

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde beendet und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

10 Schließung der Sitzung

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm schloss die Sitzung um 19.11 Uhr.

Dessau-Roßlau, 15.06.18

Lothar Ehm
Vorsitzender Stadtrat

Schriftführer